

Bebauungsplanes Nr. 23 "Lindenstraße / Rotdornweg" und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlosser

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 08.10.2022 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Begründung haben vom 17.10.2022 bis 18.11.2022 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Grasberg, den 23.03.2023

Die Bürgermeisterin

(M. Schorfmann)

## 5. Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Grasberg hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Lindenstraße / Rotdornweg" nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 16.03.2023 als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die

Grasberg, den 23.03.2023

Die Bürgermeisterin

(M. Schorfmann)

## 6. Inkrafttreten

Der Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Lindenstraße / Rotdornweg" ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 28.03.2023 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die Bürgermeisterin

(M. Schorfmann)

Die Bebauungsplanänderung ist damit am 28.03.2023 rechtsverbindlich geworden.

Grasberg, den 28.03.2023

L.S.

L.S.

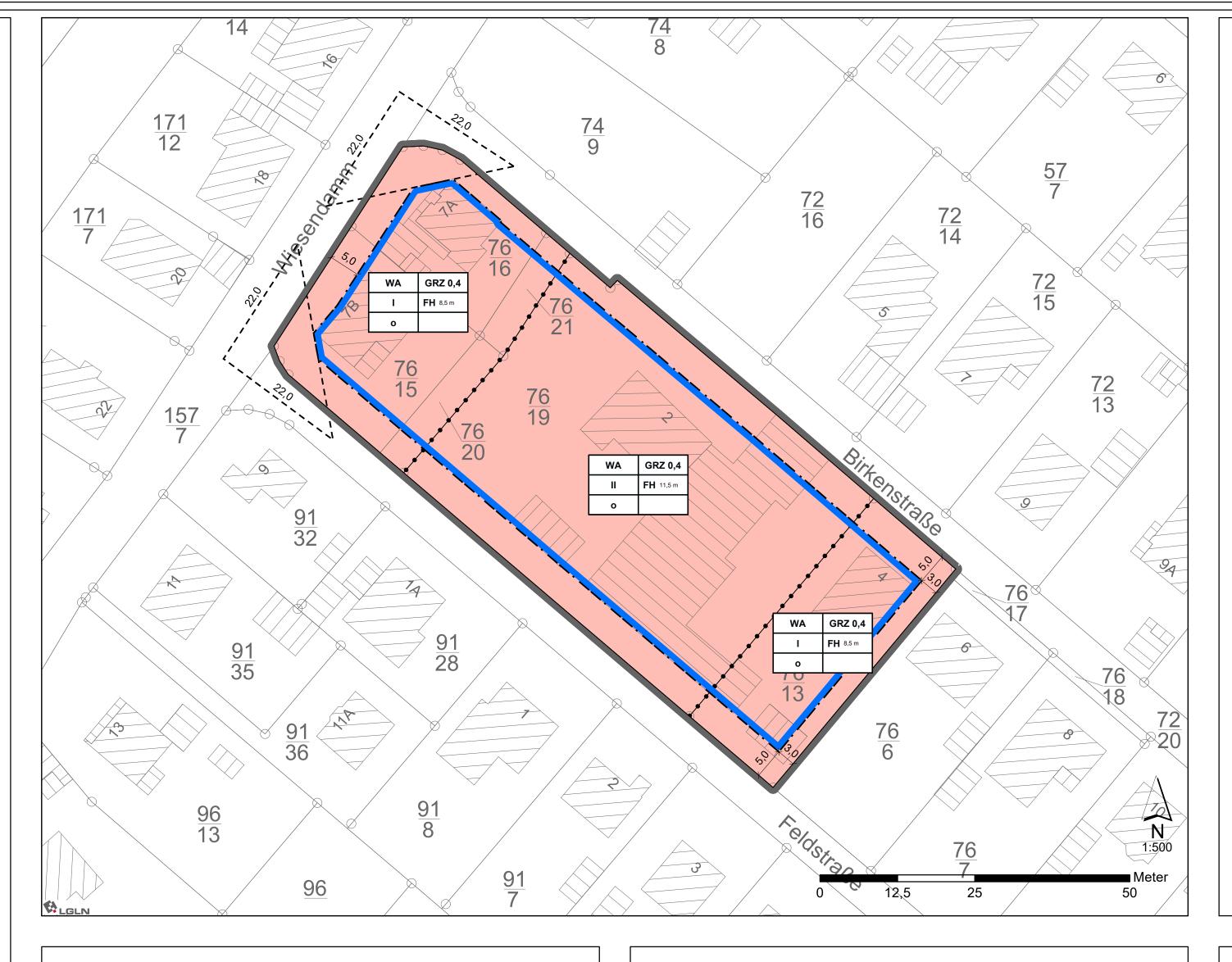
L.S.

## 7. Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, Mängel der Abwägung

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Lindenstraße / Rotdornweg" sind eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, eine Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Bebauungsplanänderung und des Flächennutzungsplanes oder Mängel des Abwägungsvorgangs nicht geltend gemacht worden.

(M. Schorfmann)

Die Bürgermeisterin



# **TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**

## 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) NR. 1 BAUGB)

In dem Allgemeinen Wohngebiet sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen im Sinne des § 4 Abs. 3 Nr. 4 und 5 BauNVO (Gartenbaubetriebe und Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

## 2. ANPFLANZUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9 (1) NR. 25A BAUGB)

Für neue Versiegelungen auf den Privatgrundstücken ist pro angefangene 50 m² vollständig versiegelte Fläche ein einheimischer, standortgerechter Laubbaum (z.B. Stieleiche, Sandbirke, Eberesche, Hainbuche) oder ein Obstbaum anzupflanzen. Zusätzlich ist pro angefangene 20 m² vollständig versiegelte Fläche ein einheimischer, standortgerechter Strauch (z.B. Hainbuche, Feldahorn, Weißdorn, Heckenkirsche, Hundsrose) zu pflanzen.

Hinsichtlich der Pflanzenqualität sind folgende Mindestanforderungen zu beachten:

als Hochstamm:

Sträucher:

10 – 12 cm Stammumfang 100 – 125 cm Höhe 60 – 100 cm Höhe

Bereits vorhandene Bäume und Sträucher können auf die erforderliche Anzahl von Bäumen und Sträuchern auf den jeweiligen Privatgrundstücken angerechnet werden.

## 3. SICHTFELDER (§ 9 (1) NR. 10 BAUGB)

Die gekennzeichneten Sichtfelder sind oberhalb 0,8 m, gemessen ab Oberkante Fahrbahnmitte des Knotenpunktes, ständig von jeglicher Art sichtversperrender bzw. sichtbehindernder Nutzung freizuhalten (§ 9 Abs. 6 BauGB i.V.m. § 31 Abs. 2 NStrG).

# ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

# 1. DÄCHER (§ 84 (3) NR 1 NBAUO)

- 1.1 In dem Allgemeinen Wohngebiet sind (mit Ausnahme von Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO, Garagen und Carports gemäß § 12 BauNVO, Wintergärten, untergeordneten Bauteilen und Dachaufbauten) nur Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 17° zulässig.
- In dem Allgemeinen Wohngebiet sind (mit Ausnahme von Wintergärten und Solaranlagen) nur einfarbige Dächer in den Farben rot, rotbraun und anthrazit, weitestgehend den folgenden RAL-Farbtönen entsprechend, zulässig:

2001 Rotorange

3000 Feuerrot

3001 Signalrot

3002 Karminrot 3003 Rubinrot

3009 Oxidrot

3011 Braunrot

7012 Schwarzgrau 7016 Anthrazitgrau

7024 Graphitgrau 8012 Rotbraun

## 2. GEBÄUDEHÖHE (§ 84 (3) NR 1 NBAUO)

- 2.1 In dem Allgemeinen Wohngebiet darf die Höhe baulicher Anlagen die festgesetzte Firsthöhe (FH) nicht überschreiten.
- 2.2 In den Allgemeinen Wohngebieten darf die Oberkante der Erdgeschossfußböden (OKFF) eine Höhe von 0,30 m nicht überschreiten.
- Bezugspunkt für die maximal zulässige FH und OKFF ist die Fahrbahnoberkante der Verkehrsfläche, über die die Erschließung erfolgt, jeweils gemessen in der Mitte der Straßenfront des Grundstücks.

# **HINWEIS: ORDNUNGSWIDRIGKEITEN**

Ordnungswidrig handelt gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer den Bestimmungen der Örtlichen Bauvorschrift über Gestaltung zuwider handelt. Die Ordnungswidrigkeiten nach § 80 Abs. 3 NBauO können gemäß § 80 Abs. 5 NBauO mit Geldbußen bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

# **HINWEISE**

# 1. BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO)

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI. I S. 1802) geändert worden ist.

## 2. KAMPFMITTEL

Das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln – Hannover, Dezernat 5 – Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) hat darauf hingewiesen, dass ein allgemeiner Verdacht auf Kampfmittel besteht und eine Luftbildauswertung im Planänderungsgebiet empfohlen wird.

# ÜBERSICHTSPLAN M 1:5000





**PLANZEICHENERKLÄRUNG** 

1. Art der baulichen Nutzung

2. Maß der baulichen Nutzung

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

4. Sonstige Planzeichen

Allgemeine Wohngebiete (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 4 BauNVO)

Grundflächenzahl als Höchstmaß (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (2) Nr. 1 BauNVO)

(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (2) Nr. 3 BauNVO)

Firsthöhe als Höchstmaß (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (2) Nr. 4 BauNVO)

(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 22 (2) BauNVO)

(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 23 (3) BauNVO)

Offene Bauweise

Baugrenzen

Sichtfelder

(§ 9 (7) BauGB)

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (4) BauNVO)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

# GEMEINDE GRASBERG **Landkreis Osterholz**

1. ÄNDERUNG DES **BEBAUUNGSPLANES NR. 23** 

- Lindenstraße / Rotdornweg -

- Verfahren gem. § 13a BauGB -

- Abschrift -

50